

3. Februar 2025

BDEW Bundesverband
der Energie- und
Wasserwirtschaft e.V.
Reinhardtstraße 32
10117 Berlin
www.bdeu.de

Übersicht über die Wahlprogramme von CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, BSW, die Linke und AfD

Fokus: Wasser und Abwasser

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) in Berlin und seine Landesorganisationen vertreten mehr als 2.000 Unternehmen. Das Spektrum der Mitglieder reicht von lokalen und kommunalen über regionale bis hin zu überregionalen Unternehmen. Sie repräsentieren rund 90 Prozent des Strom- und gut 60 Prozent des Nah- und Fernwärmeabsatzes, über 90 Prozent des Erdgasabsatzes, über 95 Prozent der Energienetze sowie 80 Prozent der Trinkwasserförderung und rund ein Drittel der Abwasserentsorgung in Deutschland.

Der BDEW ist im Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung sowie im europäischen Transparenzregister für die Interessenvertretung gegenüber den EU-Institutionen eingetragen. Bei der Interessenvertretung legt er neben dem anerkannten Verhaltenskodex nach § 5 Absatz 3 Satz 1 LobbyRG, dem Verhaltenskodex nach dem Register der Interessenvertreter (europa.eu) auch zusätzlich die BDEW-interne Compliance Richtlinie im Sinne einer professionellen und transparenten Tätigkeit zugrunde. Registereintrag national: R000888. Registereintrag europäisch: 20457441380-38

Inhalt

1	Schutz der Gewässer, Folgen des Klimawandels bewältigen (inkl. Schwammstadt, Nationale Wasserstrategie, Entgelte, Wassersparen)	3
2	PFAS.....	6
3	Vorsorge- und Verursacherprinzip	7
4	Agrarpolitik (inkl. Pflanzenschutzmittel)	8
5	Kreislaufwirtschaft (u. a. Klärschlamm, Klärgas und Phosphorrecycling).....	11
6	Ausbau der Erneuerbaren Energien (exklusive Wasserstoff, CCS, CCU)	11
7	Fördermittel und Kommunen	12
8	Ökosystemleistungen (Land- und Forstwirtschaft)	13
9	Föderalismusreform	13
10	Ordnungspolitik	14
11	Weiteres	15

Hinweise

Diese Auswertung basiert auf den verabschiedeten Wahlprogrammen.

Relevante Stellen werden wörtlich zitiert („“) und Auslassungen durch (...) kenntlichgemacht. Die **Hervorhebungen** durch **Fettsetzung** hat der BDEW vorgenommen.

Wird eine Partei unter einem Punkt nicht aufgeführt, finden sich keine relevanten Aussagen zu dem Thema in dem jeweiligen Wahlprogramm.

Links zu den Wahlprogrammen finden Sie am Ende des Dokuments.

1 Schutz der Gewässer, Folgen des Klimawandels bewältigen (inkl. Schwammstadt, Nationale Wasserstrategie, Entgelte, Wassersparen)



„Wasser als höchstes Gut. Dafür erhöhen **wir** das Bewusstsein und **sorgen mit den Ländern und Kommunen für einen guten ökologischen Zustand unserer Gewässer**. Unsere hochwertigen und wertvollen Trink-, Mineral-, Heil- und Grundwasservorkommen schützen wir besonders. **Unser Augenmerk gilt dabei besonders Regionen, die zunehmend von Trockenheit betroffen sind**. Für eine sichere Ver- und Entsorgung nutzen wir auch digitale Lösungen. **Zur Reinhaltung unserer Gewässer setzen wir auf das Verursacherprinzip.**“

„**Klimaanpassung** ist Querschnittsaufgabe und tut gut daran, auf naturbasierte Lösungen zu setzen, die die Landschaft widerstandsfähiger und damit sicherer machen. Das ist auch im Hinblick auf **Hochwasserschutz** umzusetzen.“

„Flächen besser nutzen. Wir nutzen Flächen an Land und Gewässer nachhaltig. **Dazu reduzieren wir die Flächenversiegelung**, unterstützen die kluge Flächennutzung durch Doppel- und Mehrfachnutzungen und verbessern die Ausgleichsmaßnahmen. Hier braucht es innovative Ansätze.“

„Für lebenswerte und resiliente Städte sorgen. Die Anpassung an den Klimawandel wird immer wichtiger. **Wir unterstützen Städte und Gemeinden beim verantwortungsvollen Umgang mit Wasser und einer verstärkten Begrünung**. Die Baumschulen leisten einen wichtigen Beitrag.“

„**Wir wollen weg von der Ausgleichspflicht für Maßnahmen des Küsten- und Hochwasserschutzes.**“



„Wir wollen unsere Kommunen klimafit machen. **Wir wollen eine Städtebauförderung zur Anpassung an den Klimawandel**, um den Städten zu ermöglichen, grüne Infrastruktur zu schaffen und hitzeresiliente Städteplanung umzusetzen.

Das soll ihnen ermöglichen, **wichtige Maßnahmen wie die Begrünung und Entsiegelung von Stadtflächen (Schwammstadt)**, die Schaffung kühlender öffentlicher Räume und den **Ausbau von Wasserflächen** umzusetzen, um die Lebensqualität zu sichern und den städtischen Raum zukunftsfähig zu gestalten.“

„**Wir stärken die Vorsorge** gegen Klimafolgen wie **extreme Niederschläge**, Hitzewellen und **Dürre.**“



„Wir sorgen dafür, dass wir weiterhin sauberes Trinkwasser haben, dass die Landwirtschaft versorgt wird und unsere Flüsse, Seen und Meere intakt bleiben. **Wir stehen zur EU-Wasser-rahmenrichtlinie und setzen sie gemeinsam mit den Ländern konsequent um**, um den guten Gewässerzustand zu erreichen.

Mit der **Nationalen Wasserstrategie** haben wir einen Masterplan vorgelegt, wie wir diese Ziele erreichen. **Wir wollen die finanziellen und personellen Bedingungen schaffen**, damit wir sie – gemeinsam mit den Ländern, aber auch über unsere Landesgrenzen hinaus – effektiv umsetzen können. (...)

Wir wollen den natürlichen Wasserhaushalt wiederherstellen. Dafür **wollen wir Städte und Landschaften so nutzen und gestalten, dass sie Wasser aufnehmen, speichern und bei Bedarf wieder abgeben können**. Insbesondere wollen wir die **Wasserrückhaltefähigkeit** von landwirtschaftlichen Flächen und Forsten spürbar verbessern. **Durch faire Entgelte, besonders für intensive Nutzer, wollen wir die Nutzung lenken und dafür sorgen, dass Wassersparen noch stärker zur Selbstverständlichkeit wird.**“

„(...) werden wir den Hochwasserschutz zusammen mit den Ländern verbessern. Insbesondere brauchen wir **Investitionen in natürliche Überschwemmungsräume** wie Auenwälder oder Erlenbrüche. **Flüsse** und ihre **natürlichen Auen** werden wir im Interesse des Hochwasserschutzes **stärken** und ihnen, wo immer möglich, durch **Renaturierungen** mehr Raum geben. Wir brauchen aber auch Hochwasserschutzanlagen wie **starke Deiche, funktionierende Rückhaltesysteme** und einen gut ausgestatteten Katastrophenschutz. Hochwasserschutzmaßnahmen wollen wir **prioritär und beschleunigt umsetzen**. Der Katastrophenschutz muss vorausschauender agieren und dafür Prognosen wie etwa zu Extremwetterereignissen stärker ins Krisenmanagement integrieren können. (...)

Besonders die Menschen in dicht bebauten Städten müssen besser vor Hitzewellen und **Starkregen** geschützt werden. Dafür **sorgen wir mit mehr Bodenentsiegelung**, Frischluftschneisen, **Gebäudebegrünung, Stadtgrün und öffentlichen Trinkbrunnen**. Als **Schwammstädte** sollen sie künftig mehr Wasser aufnehmen, speichern und im Sommer kühlend wirken. So werden diese Städte in die Lage versetzt, **große Wassermengen besser zu nutzen**, etwa für die Bewässerung von Grünanlagen. Den **Austausch und die Vernetzung der Städte und Landkreise wollen wir gezielt fördern**, um Strategien zur Klimaanpassung schneller auszubauen.“

„(...) wollen wir **Klimaschutz und -anpassung zur Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern machen und gemeinsam finanzieren**. **Förderprogramme** wie das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz wollen wir weiter **stärken** und **mehr Mittel für Investitionen** für Vorhaben sowie Personal für Klimaschutz und -anpassung in den Kommunen unterstützen.“

„Wir bauen (...) auf mehr Wasserflächen (...). Hierfür wollen wir die **Mittel** für die Städtebauförderung **aufstocken** und die Anwendung der Innenentwicklungsmaßnahmen vereinfachen.“



„Auf dem Weg zur Nachhaltigkeit **hat sich Deutschland durch restriktive Regulierungen** beispielsweise **bei Grenzwerten**, Technikvorgaben und Quotenanforderungen **deutlich über den europäischen Rahmen hinausbewegt** und sich weit von weltweiter Regulierung entfernt. Die im und für den deutschen Markt entwickelten Produkte verfehlen somit die Anforderungen anderer Märkte. Wir werden die **Umweltstandards in Deutschland und Europa zusammenführen** und es unserer Industrie so ermöglichen, weltweit nachgefragte Produkte zu entwickeln.“

„Natur- und Artenschutz effektiver und zielgenauer gestalten
Wir setzen mit dem Ansatz „**Populationsschutz statt Individuenschutz**“ auf effektive, ganzheitliche Naturschutzmaßnahmen. Wir **wollen Ersatzgeldzahlungen statt die reale Kompensation** durch Ausgleichsflächen zum Standard machen.“

„Ziel ist es die **Planungszeiten für alle Infrastrukturprojekte mindestens zu halbieren** (...).“



„Wir wollen den Katastrophenschutz stärken, **Hochwasserereignisse in ihren Folgen abmildern, Mittel für Auf- und Ausbau von Deichen und Dämmen zur Verfügung stellen** und Wälder mit Baumarten aufforsten, die besser mit den Klimaveränderungen zurechtkommen.“

DIE LINKE.

Die Linke fordert ein „**Ressourcenschutzgesetz**“.

„**Wir wollen keinen Bergbau in Naturschutzgebieten, Trinkwasserschutzgebieten** oder der Tiefsee. (...) Umweltschutz und **Trinkwasserschutz muss garantiert werden** – egal ob in Deutschland, Europa oder anderswo auf der Welt.“

„Die **Mittel für natürlichen Klimaschutz müssen verdoppelt** werden.“

„**Wir brauchen eine naturnahe Renaturierung von Gewässern** und einen **Aktionsplan Niedrigwasserschutz, um die Wasserversorgung, aber auch das Leben in Gewässern zu**

gewährleisten. Dazu dient auch die Revitalisierung von Mooren und die Wiedereinrichtung von Auwäldern.“



„Die Schäden durch **Extremwetterereignisse**, wie beispielsweise im Ahrtal, **gehen oft zurück auf politisches Versagen, mangelnde Instandhaltung und unzureichende Schutzmaßnahmen**, wie fehlende Dämme und Kanalisationen. Historisch bekannte Überschwemmungsgebiete wurden unverantwortlich bebaut.“

2 PFAS



„Per- und polyfluorierte Chemikalien (**PFAS**) **nicht grundsätzlich verbieten**. Wir schützen Gesundheit und Umwelt und sichern zudem die Verfügbarkeit notwendiger Chemikalien. Dafür **verfolgen wir einen risikobasierten Ansatz. Pauschalverbote von aktuell nicht austauschbaren Stoffen, die für unsere Gesundheit, unsere Daseinsvorsorge und auch für unser Wirtschaften elementar sind, lehnen wir ab**. Wir investieren stattdessen in die Forschung für Ersatzstoffe und geschlossene Kreisläufe.“



„Wir haben aber gleichzeitig im Blick, dass wir kritische Anwendungen und die Produktion wichtiger Zukunftstechnologien wie Elektrolyseure oder elektrischer Antriebe nicht gefährden, da noch nicht immer Alternativen verfügbar sind. **Wir setzen uns für klare, sachgerechte Fristen für die Substitution ein**. Dabei orientieren wir uns am neuesten Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse. Zudem fordern wir, dass **in der Übergangsphase Einträge in die Umwelt auf ein absolutes Minimum reduziert werden**. Wir wollen durch **Anreize** und eine Forschungsoffensive umweltfreundliche Alternativen fördern, damit diese schnell marktreif werden.“

3 Vorsorge- und Verursacherprinzip



„Zur Reinhaltung unserer Gewässer **setzen wir auf das Verursacherprinzip.**“



„Bei der Reform des europäischen Instruments für die Sicherheit von **Chemikalien** (REACH-Regelung) wollen wir schneller vorankommen und das erreichte **Schutzniveau aufrecht-erhalten**. Wir unterstützen einen Ansatz, der die Wechselwirkungen der Chemikalien berücksichtigt und die Risiken für Umwelt und Mensch im Fokus hat.

Daher **braucht** es gerade für naturfremde Stoffe eine **fundierte Prüfung und wachsame Zu-lassungsverfahren**, sowie die **strikte Anwendung des Verursacherprinzips im Abwasser- und Abfallmanagement**. Wichtig sind uns dabei die **Beschleunigung der Verfahren** und die **Verbesserung der Sanktionsmöglichkeiten.**“

„Für die **Folgen der Verschmutzung von Wasser sollen die Verschmutzer aufkommen**. Dafür wollen wir die Hersteller von wassergefährdenden Stoffen **stärker in die Verantwortung nehmen**. Der Eutrophierung und der Vermüllung von Flüssen und Meeren wollen wir durch Abwassermanagement entgegenzutreten, Nährstoffeinträge reduzieren. **Besonders gefährliche und schlecht abbaubare Schadstoffe dürfen nicht mehr in den Wasserkreislauf gelangen.**“

„Das **europäisch verankerte Vorsorgeprinzip** stellt sicher, dass technologischer Fortschritt für nachhaltige Entwicklung und im Sinne des Gemeinwohls erfolgt.“

Das Verursacherprinzip wird v. a. für die Folgen des Klimawandels erwähnt.

DIE LINKE.

Die Linke fordert eine „**öffentliche Kontrolle über die Arzneimittelforschung**“, allerdings in Bezug auf die Arzneimittelpreise.

4 Agrarpolitik (inkl. Pflanzenschutzmittel)



„Wir bekennen uns zum Einsatz chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel. Das sogenannte „Zukunftsprogramm Pflanzenschutz“ schaffen wir ab. Das Zulassungsverfahren passen wir an, damit innovative Produkte schneller verfügbar sind und die Nutzung und Förderung biologischer und risikoreduzierter Mittel vereinfacht wird.“



„Für uns ist die Zukunft der Landwirtschaft digital und bürokratiearm. (...) Wir wollen den Landwirtinnen und Landwirte durch die Reform der Agrarförderung Rückendeckung geben, (...). Ziel ist eine stärkere Honorierung und Vergütung von Leistungen, die den Arbeitskräften in der Landwirtschaft, den ländlichen Regionen sowie dem Tierschutz zugutekommen. (...)“

„Mit der neuen GAP-Förderperiode ab 2028 wollen wir all jene stärker unterstützen, die die Ressourcen Wasser, Boden und Luft schonen, zum Erhalt der Artenvielfalt beitragen und Maßnahmen zum Klimaschutz und Klimaanpassung durchführen. Den Übergang wollen wir schrittweise vollziehen. Die Regularien der GAP sind grundlegend zu vereinfachen.“

„Wir sind sicher, dass man auch im konventionellen Bereich mit kluger Landwirtschaft gut und nachhaltig arbeiten kann: bodenschonend, tierwohlgerecht, klimaangepasst. Wir wollen es leichter machen, das zu tun und Planungssicherheit schaffen.“



„Durch einen stärker vorsorgenden Ansatz und ein neues Bodenschutzgesetz bringen wir den Schutz unserer Böden ins 21. Jahrhundert. Dies bedeutet weniger giftige Stoffeinträge in den Boden, weniger Pestizideinsatz inklusive eines Komplettverzichts auf besonders schädliche Substanzen wie Glyphosat und Neonicotinoide, (...)“

Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP): „Für die anstehende Neugestaltung ab 2027 gilt für uns: öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen.“

„Die Wiedervernässung von Mooren ist ein wichtiger Beitrag zum Biodiversitäts- und Klimaschutz. Wir unterstützen Landwirt*innen beim Übergang auf nasse Bewirtschaftung und werden die Rahmenbedingungen so gestalten, dass Genehmigungsverfahren für den Umstieg einfacher und schneller funktionieren und landwirtschaftliche Flächen durch die Wiedervernässung an wirtschaftlicher Attraktivität gewinnen. (...) Zukunftsfähig ist (...): weniger Tiere besser halten.“

„**Unnötige Bürokratie werden wir aktiv abbauen**, ohne notwendige Standards im Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz abzubauen. Landwirtschaft und Umwelt **brauchen einen möglichst sparsamen und bedachten Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln**. Die **Einführung einer Nährstoffbilanz** unterstützt den gezielteren Düngereinsatz und kann helfen, ihn zu senken. Mit der Umsetzung der EU-Farm-to-Fork-Strategie **kann der Pestizideinsatz EU-weit bis 2030 halbiert** werden. Hierzu **fördern wir den Ökolandbau** (...).

Eine einkommenswirksame und gemeinwohlorientierte **Honorierung von Umwelt- und Biodiversitätsleistungen** ist für uns dabei ein wichtiges Instrument. Und wir setzen auf marktwirtschaftliche Lösungen wie eine **Pestizidabgabe**, die wirksam und unbürokratisch ist und zur Förderung umweltschonender Methoden des Pflanzenschutzes genutzt werden kann.“

„Übernutzte und geschädigte Böden gefährden die Neubildung **sauberen Grundwassers** und die Erzeugung gesunder Lebensmittel. Sie speichern weniger Wasser und verlieren relevante Nährstoffe. Dem wollen wir durch ein **neues Bodenschutzgesetz** vorbeugen.“

„(...) wollen wir **im Planungsrecht Vorrangflächen für die Nahrungsmittelproduktion** einführen (...).“

„Wir wollen das Recht auf Wasser und Nahrung verwirklichen. Dafür fördern wir beispielsweise agrarökologische Ansätze, **beenden den Export von Pestiziden und Pestizidwirkstoffen**, die bei uns aufgrund von Umwelt- und Gesundheitsrisiken **nicht zugelassen oder verboten sind**, (...).“



„Zwecklose und unverhältnismäßige **Dokumentationspflichten und Auflagen schaffen wir ab**. Auf EU-Ebene drängen wir weiter auf die Rücknahme bremsender Regulierung. In der neuen Förderperiode der **Gemeinsamen EU-Agrarpolitik ab 2027 sollen Produktivität und Technologien stärker gefördert** werden.

Knappe Haushaltsmittel müssen prioritär zur nachhaltigen Intensivierung eingesetzt werden. **Technologieeinsatz ermöglicht Umwelt- und Naturschutz im Einklang mit Ertragssicherung. Wer digitale Technologien nutzt, wird von Dokumentationspflichten und Auflagen befreit.** (...)

Zulassungsprozesse von Pflanzenschutzmitteln werden wir **vereinfachen und beschleunigen**.“

**Bündnis
Sahra
Wagenknecht**

„Unnötige Bürokratie, die den Landwirten das Leben schwer machen, muss abgebaut werden. **Bei Umweltauflagen sind Landwirte einzubeziehen und Kompromisse** durch angemessene Übergangszeiträume und unbürokratische Förderungen **zu finden. Ziel müssen umwelt-, boden- und klimaschonende Agrartechniken und Anbausysteme sein, die die Ernährungssicherung erhalten und die Wirtschaftlichkeit der Betriebe nicht gefährden.**“

„Wir wollen eine verlässliche Herkunftskennzeichnung und **bezahlbare Pflanzenschutzmittel, deren Sicherheit durch ein unabhängiges und transparentes Genehmigungsverfahren ohne Einfluss der Hersteller festgestellt wurde.**“

DIE LINKE.

„Glyphosat und Neonikotinoide verbieten: **Bis 2030 soll der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln um mindestens 50 Prozent verringert** werden. Wir wollen **Transparenz** und ein **strenge Regelwerk für die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln.**

Durch eine **ambitionierte Pestizidreduktionsstrategie** und die **Entwicklung von Düngemittelalternativen** unterstützen wir die Agrarbetriebe beim ökologischen Umbau. Statt Megaställen wollen wir für das Wohl von Menschen und Tieren eine **flächengebundene Tierhaltung** (maximal 1,5 Großvieheinheiten pro Hektar) und damit die Reduzierung der Viehbestände in der Bundesrepublik. Das verringert Überdüngung und Gewässer werden weniger belastet.“

„Hohe Umwelt- und Verbraucherschutzstandards in der Landwirtschaft sind uns wichtig. Sie müssen regelmäßig überprüft werden. **Das Prinzip, Landwirtschaftsförderung an hohe Umweltstandards zu knüpfen, ist richtig.**“



„Dabei **muss sich Landwirtschafts- und Umweltpolitik allem voran an nationalen Gegebenheiten und Bedürfnissen orientieren.**“

„**Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) lehnen wir (...) ab.**“

„Die AfD wird den Landwirten wieder mehr unternehmerische Entscheidungsfreiheit zurückgeben. (...) Die völlig aus dem Ruder gelaufene **Bürokratie und Überregulierung fahren wir Schritt für Schritt zurück**, um die bäuerlichen Betriebe umfangreich zu entlasten.“

„Bevor agrarpolitische Maßnahmen eingeführt werden, muss geprüft werden, wie sie sich auf das Einkommen der Bauern auswirken und welchen ökologischen Nutzen sie erbringen. Wir setzen auf **Anreize statt Verbote.** (...) **Die Landwirtschaft ist zu entbürokratisieren**, um

die Bauern zu entlasten. **Weder deutsche noch EU-Behörden sollen sich in deren Wirtschaftsweise einmischen, (...).**“

„Die derzeitigen **Düngeregeln verursachen erhebliche Ertrags- und Qualitätseinbußen sowie massive ökologische Probleme, darunter der Verlust von Bodenfruchtbarkeit und Humus.** Die AfD wird deshalb, die bedarfsgerechte Nährstoffversorgung von Kulturpflanzen nach guter fachlicher Praxis wieder ermöglichen und den **bürokratischen Aufwand auf das absolut notwendige Minimum beschränken.**“

„Ein wirksamer Pflanzenschutz nach guter fachlicher Praxis ist ein wichtiger Faktor der landwirtschaftlichen Produktion.“

5 Kreislaufwirtschaft (u. a. Klärschlamm, Klärgas und Phosphorrecycling)



„Wirtschaften ja, aber nachhaltig. Wir wollen eine verantwortungsvolle Kreislaufwirtschaft. **Unsere Aufgabe ist es, Stoffkreisläufe zu schließen** – bei Stoffen, aber **auch bei Wasser**, (...).“



„Unser Ziel ist es, den Verpackungsmüll wirksam zu reduzieren und die **Vermüllung von Landschaft und Gewässern zu stoppen. Kunststoffhersteller werden wir stärker an den Umweltkosten ihrer Produkte beteiligen.** Spätestens ab 2045 soll kein vermeidbarer Verpackungsmüll mehr anfallen.“

Allgemein wird für die Kreislaufwirtschaft plädiert, jedoch ohne Bezugnahme auf Abwasser.

6 Ausbau der Erneuerbaren Energien (exklusive Wasserstoff, CCS, CCU)



„Geothermie wollen wir ausbauen.“



„Zudem hat [die Windkraft] massive Auswirkungen auf den Boden- und Wasserhaushalt.“

7 Fördermittel und Kommunen



„Förderprogramme wie das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz wollen wir weiter stärken und **mehr Mittel für Investitionen für Vorhaben** sowie Personal für Klimaschutz und -anpassung in den Kommunen unterstützen.“

„Länder und **Kommunen** brauchen mehr Spielräume für eigenverantwortliches Handeln wie auch für konkrete **Kooperationen**.“

„**Förderprogramme** für die Kommunen werden wir daher zu Gunsten der Grundfinanzierung der Städte und Gemeinden **reduzieren** und die verbleibenden weiter vereinfachen und nach klaren Regeln gestalten. (...) Wir stellen den Kommunen künftig **direkt mehr Gelder** zur Verfügung und stärken weiter die so genannten ungebundenen Mittel.“



„Insbesondere die Kommunen leiden unter dem Sanierungsrückstau. Kaum etwas geht ohne Fördermittel, die mit großem Aufwand beantragt und abgerechnet werden müssen. Mit der Vergabe oder Nichtvergabe von Fördermitteln wird in die **Kommunen** hineinregiert. Sie **sollen zukünftig selbst die Prioritäten ihrer Ausgaben festlegen dürfen**. Es soll das gemacht werden, was gebraucht wird und nicht nur das, wofür gerade Fördermittel da sind. **Dafür sind den Kommunen die erforderlichen finanziellen Mittel bereitzustellen**. Wir setzen uns dafür ein, dass die kommunale Selbstverwaltung wieder gestärkt wird. (...)“

DIE LINKE.

Förderung auch ohne Eigenmittel der Kommunen: (...) Wir **wollen Bundesprogramme für Kommunen verstetigen** und bürokratische Hürden abbauen!

Die Kommunen müssen ihre Aufgaben stärker eigenständig wahrnehmen können, statt sie auf private Anbieter zu übertragen! (...) **Wir fordern einen Rekommunalisierungsfonds aus Bundesmitteln, auf den Kommunen und Länder zurückgreifen können, um privatisierte Betriebe zurück in die öffentliche Hand zu holen und gemeinnützig zu betreiben.**

Wir wollen Selbstverwaltung und lokale Mitbestimmung stärken und den Spielraum der Kommunen vergrößern.“

8 Ökosystemleistungen (Land- und Forstwirtschaft)



„**Ökosystemleistungen honorieren. Wir unterstützen Land- und Forstwirte, Waldbesitzer, Jäger und Fischer dabei, die Ökosysteme und ihre Leistungen zu erhalten.** Ein Ansatz ist der Naturschutz auf Zeit, der im Einklang mit allen Nutzergruppen aufgesetzt wird.“



„Angesichts der Klima- und Biodiversitätskrise ist es unerlässlich, die **gesetzlichen Rahmenbedingungen anzupassen**, um die vielfältigen **Ökosystemleistungen** unserer **Wälder** auch für kommende Generationen zu sichern.“



„Unstrittig ist der **Nutzen des Waldes als Wasserspeicher**, Lieferant natürlicher Baustoffe und von Holz als Energieträger. (...) Deutschland **benötigt** aufgrund seiner dichten Besiedlung eine **vernunftorientierte Interessenabwägung** bei der Waldnutzung. (...) steht die AfD für den nachhaltigen Waldumbau.“

9 Föderalismusreform



„Eine **Generalinventur** ist dafür der erste notwendige Schritt. Es müssen alle föderalen Zuständigkeiten und Verwaltungsprozesse einer **kritischen Überprüfung** unterzogen werden. (...). Die Generalinventur muss von einem klaren politischen Willen getragen sein, **die Effizienz und Handlungsfähigkeit des Staates zu verbessern, und mit einer Föderalismusreform**

abgeschlossen werden. (...) Wir (...) wollen Ausgaben des Bundes grundsätzlich stärker auf die originären Aufgaben des Bundes beschränken.“

10 Ordnungspolitik



„Wir stellen sicher, dass es **zu keiner Privatisierung staatlicher Aufgaben der Daseinsvorsorge kommt.**“

„Wir unterstützen kommunale Unternehmen und öffentliche Betriebe als Triebfeder der sozial-ökologischen Transformation und als Garant für demokratische Gestaltung unserer Daseinsvorsorge. Deshalb **unterstützen wir Kommunen** wo möglich dabei, **Unternehmen der Daseinsvorsorge wieder in öffentliche Hand zu bringen** (...)“



„Wir wollen eine **Infrastruktur-Garantie** für Deutschland: (...) Energie- und **Wasserversorgung wollen wir am Gemeinwohl ausrichten und nicht am Profit.**“

DIE LINKE.

„**Wasser ist Menschenrecht**“

„Die Linke steht (...) auf der Seite der Mehrheit der Menschen: Gemeinwohl vor Profitinteressen. **Wasser gehört in die Hände der Bürger*innen.**“

Die öffentliche Hand muss den Zugang für alle zu fairen Preisen garantieren. Bei der Planung und Verwirklichung von großen Industrieprojekten wie etwa Tesla in Grünheide **muss die lokale und regionale Versorgung mit Wasser garantiert werden.** Die dauerhafte Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser darf nicht gefährdet werden.“

„**Öffentliche Unternehmen müssen der Motor der industriellen Erneuerung werden,** eine steuernde Rolle einnehmen **und die Kompetenzen privater Unternehmen in Kooperationen einbinden.**“



„Der Gewässerschutz gehört nicht in die Hände der EU, sondern nach Deutschland und in die einzelnen Bundesländer. Diese können in abgestimmter Zusammenarbeit mit Vertretern von Kommunen, Landwirtschaft und weiteren Akteuren wesentlich effektiver den Gewässerschutz sicherstellen.“

Die AfD befürwortet die regionale Wasserversorgung durch Kommunen und Zweckverbände.

„Das Eigentum an den Wasserressourcen, den Förderanlagen, der Wasseraufbereitung und am Leitungsnetz muss in öffentlicher Hand und damit in den Händen der Bürger verbleiben.“

In diesem Zusammenhang **lehnen wir die Einführung weiterer Steuern und Abgaben für Wasserentnahmen ab.**

Eine EU-weite Liberalisierung und Kommerzialisierung des Wassermarkts ist unter allen Umständen **zu verhindern**. Eine **generelle Privatisierung des Wassers oder der Wasserwerke**, die durch Richtlinien der EU angeregt werden, **darf es nicht geben**. Brunnen privater Grundstückseigentümer, die hieraus ihr Trinkwasser gewinnen, sind hiervon ausgenommen.“

11 Weiteres

Zu folgenden Themen finden sich keine Aussagen in den Wahlprogrammen:

- Die novellierte EU-Richtlinie Kommunales Abwasser in deutsches Recht überführen
- Wasserwiederverwendung
- Herstellerverantwortung

Für weitere Themen siehe das

BDEW-Papier „Übersicht über die Wahlprogramme (...), Fokus: Energie und Klima“

<https://www.bdew.de/plus/artikel/bundestagswahl-2025-energiepolitik-in-den-wahlprogrammen/>

- Schutz kritischer Infrastrukturen: S. 9 + 10
- Bürokratie abbauen und Verfahren beschleunigen: S. 13 – 15
- Erneuerbare und kohlenstoffarme Gase etablieren (u. a. CCS und CCU): S. 27 - 29

Links zu den Wahlprogrammen:

CDU/CSU:

<https://www.politikwechsel.cdu.de/>

SPD:

<https://www.spd.de/bundestagswahl/programm>

Bündnis90/Die Grünen:

<https://www.gruene.de/artikel/zusammen-wachsen#Download%20Wahlprogramm>

FDP:

<https://www.fdp.de/das-wahlprogramm-der-freien-demokraten-zur-bundestagswahl-2025>

BSW:

<https://bsw-vg.de/bundestagswahl2025/>

Die Linke:

<https://www.die-linke.de/bundestagswahl-2025/wahlprogramm/>

AfD:

<https://www.afd.de/>

Kurzfassungen sowie weitere Informationen finden Sie auf der Website der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg:

<https://www.bundestagswahl-bw.de/bundestagswahl-wahlprogramme>

Hintergrundinformationen zur Bundestagswahl sowie der sog. **Wahl-O-Mat** auf der Seite der Bundeszentrale für politische Bildung:

<https://www.bpb.de/themen/bundestagswahlen/bundestagswahl-2025/>

Ansprechpartnerin

BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.

Vera Szymansky, M. A.

Fachgebietsleiterin Nationale Ordnungspolitik

Wasser und Abwasser

+49 30 300199-1212

vera.szymansky@bdew.de